

Pressemitteilung der Initiative Kerberos vom 17. Juli 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

beachten Sie bitte unsere Pressemitteilung:

Politiker_innen und Fachleute fordern Erhalt der Berliner U-Bahnstationen der Nachkriegsmoderne//Architektenkammer will sofortigen Baustopp an allen Bahnhöfen//U-Bahnhof Schloßstraße im Fokus – Architektin droht mit Baustopp

- Der offene Brief von Architekturwissenschaftler_innen aller vier Berliner Universitäten zur Rettung der Berliner U-Bahnhöfe im März 2016 stieß auf breite Resonanz:
- Die Architektenkammer Berlin stellt sich in einem Antwortbrief uneingeschränkt hinter die Forderungen aus dem offenen Brief und fordert einen sofortigen Baustopp
- Senatsbaudirektorin Regula Lüscher hat sich über das Thema informieren lassen und zur Beratung auf die Tagesordnung ihres Baukollegiums gesetzt - Das Landesdenkmalamt prüft Möglichkeiten zur Unterschutzstellung von Bahnhöfen der 1950er- bis 1980er-Jahre; aktuell vor allem U-Bahnhof Fehrbelliner Platz und Schloßstraße
- Mittes Bezirksbürgermeister Dr. Christian Hanke (SPD) kritisiert die geplanten Umgestaltungsmaßnahmen im U-Bahnhof Birkenstraße heftig und öffentlich
- Die Architektin des U-Bahnhofs Schloßstraße, Ursulina Schüler-Witte, bezeichnet die Pläne für den umgebauten Bahnhof als „Karikatur“ ihres Entwurfs; ihr Urheberinnenrecht könnte kostenintensiven Rückbau zur Folge haben.
- Architekturwissenschaftler_innen gründen die Initiative Kerberos Berlin zum Schutz der Bahnhöfe – Onlineplattform eingerichtet unter www.urbanophil.net/kerberos-berlin

Die Situation um den U-Bahnhof Schloßstraße spitzt sich zu: Trotz breiter Resonanz auf den offenen Brief der Initiative „Kerberos“ zum Erhalt der nachkriegsmodernen U-Bahnhöfe schreiten die Bauarbeiten an einem der herausragendsten Verkehrsbauten Berlins voran. Ab 22. Juli sperrt die BVG den südlichen Abschnitt der U-Bahnlinie 9, um weitere Bauarbeiten an den U-Bahnhöfen Schloßstraße und Rathaus Steglitz zu ermöglichen. Dabei droht aus denkmalpflegerischer Sicht der Totalverlust zweier unbedingt erhaltenswerter Bauten der Nachkriegsmoderne in Berlin. Und das, obwohl Senatsbaudirektorin Regula Lüscher im Abgeordnetenhaus am 29. April 2016 öffentlich angekündigt hat, dass das Landesdenkmalamt derzeit eine Unterschutzstellung des U-Bahnhofs Schloßstraße prüft.

Der Fall Schloßstraße ist Teil einer breiten Debatte, die die Berliner

Landes- wie Bezirkspolitik, die Fachwelt und die Berliner Verkehrsbetriebe derzeit führen: Bereits im März 2016 hatten sich Architekturwissenschaftler_innen aller vier Berliner Universitäten geschlossen für den Erhalt der Berliner U-Bahnhöfe der Nachkriegszeit öffentlich positioniert.

Denn die BVG hat 2015 den Umbau von elf Berliner U-Bahnhöfen mit einer Investitionssumme von rund 70 Millionen Euro angekündigt – und damit das größte Sanierungsprogramm der vergangenen Jahrzehnte. Die BVG muss sich der breiten Kritik jetzt stellen, weil die – unbestritten notwendigen – Sanierungsmaßnahmen mit erheblichen Umgestaltungen verbunden werden. Weder die Öffentlichkeit noch die Politik, noch externe Fachleute sind in die Planungen einbezogen worden, öffentliche Ausschreibungen für die Arbeiten hat es nach Angaben von BVG-Bauchef Uwe Kutscher nicht gegeben. Inzwischen seien sie aber alle vergeben.

Erste Arbeiten haben zudem bereits begonnen: Etwa am U-Bahnhof Bismarckstraße (U2/U7) sind die Wandverkleidungen aus silbrig-glänzendem Aluminium entfernt worden und werden durch dunkelgrüne Fliesen ersetzt. Auch der U-Bahnhof Yorckstraße (U7) wird seine gestalterische Identität durch einen Komplettumbau verlieren. Weitere massive Verluste an denkmalwürdiger Bausubstanz sind an folgenden Bahnhöfen akut zu befürchten:

Halemweg (U7)

Birkenstraße (U9)

Friedrich-Wilhelm-Platz (U9)

Rathaus Steglitz (U9)

Kaiserin-Augusta-Straße (U6)

Neue Grottkauer Straße (U5)

Wutzkyallee (U7)

Rudow (U7)

Im Gegensatz zu Berlin entdecken andere Städte derzeit ihr bauliches Erbe unter der Erde: So formiert sich etwa in Bonn eine breite Initiative zum Erhalt des dortigen, seit den 1970er Jahren entstandenen U-Bahnnetzes (vgl.: "Es liegt ein Schatz im Untergrund" Bonner General-Anzeiger, 16.5.2016). Auch Berlin müsste sich seines europaweit einzigartigen, unterirdischen Erbes deutlicher bewusst werden, eine Forderung, die sich an die Berliner Verkehrsbetriebe, die Denkmalbehörden und die zuständigen Senatsstellen richtet.